

Protokoll zur Sitzung am 28.4.2004

Im Mittelpunkt der Sitzung am 28.4.2004 standen zunächst Indikatoren, die aus politikwissenschaftlicher Sicht große von kleinen Staaten unterscheiden. Diese sind Bevölkerungszahl, Größe des Landes sowie Heterogenität der Bevölkerung. Entscheidend sind diese Gegebenheiten für Föderalismus und Gewaltenteilung, Konkordanz, direkte Demokratie und außen- und wirtschaftspolitische Handlungsspielräume.

Föderale Strukturen lassen sich beispielsweise eher in großen Staaten vermuten. Ausnahmen bilden die Schweiz, Belgien und Österreich. Konkordanz hingegen lässt sich erwartungsgemäß häufiger in kleinen Ländern finden, da sich dort unterschiedliche Interessen zwangsläufig verständigen müssen, um politischen Einfluss zu gewinnen und handlungsfähig zu sein. Ebenso weisen vermehrt kleine Staaten direktdemokratische Elemente auf. Außen- und wirtschaftspolitischen Einfluss können große Länder, zum Beispiel auf Grund ihrer enormeren Wirtschaftskraft, besser geltend machen.

Ein Streifzug durch verschiedene Demokratietheorien von Aristoteles über Rousseau bis hin zu den Federalist Papers zeigt, dass der Größe einer Gemeinschaft stets Bedeutung zugeschrieben wurde. Aristoteles bezog sich mit seiner Theorie auf die griechischen Polis (Stadtstaaten) und bewertete die Demokratie als die schlechteste Staatsform, da er in ihr eine Herrschaft des Pöbels sah. Rousseau, Verfechter des *volonté générale*, fürchtete, dass der Wille aller desto größer eine Gemeinschaft wird, umso leichter verfälscht und in den *volonté de tous* umgewandelt werden kann. Ähnlich wie Aristoteles wird in den Federalist Papers, die maßgeblich das Demokratieverständnis in den Vereinigten Staaten prägen, die Gefahr einer Regierung der Mehrheit hervorgehoben. Eine Herrschaft des Pöbels soll verhindert werden. Sie loben folglich die große Einheit.

Dagegen ist Demokratie in unserem heutigen westeuropäischen Verständnis ein deutlich positiv belegter Begriff. Genauso die Herrschaft des Volkes. Unterschieden wird aber zwischen einer Herrschaft durch oder für das Volk. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt sich durch den Satz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ diesbezüglich deutlich fest.

Zur Messung demokratischer Staatsverfassungen stehen verschiedene Methoden zur Verfügung, mit denen wir uns im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigten. Ein Kennzeichen der Demokratie ist das Wahlrecht. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das bloße Vorhandensein von Wahlen als Messlatte für demokratische Strukturen genügen kann. Denn zu bedenken ist wie die Wahlen organisiert sind. Ob sie dem Anspruch allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen gerecht werden. Eine andere Überlegung um den Grad der Demokratie in einem Land zu messen sind die sogenannten Indikatoren der Polyarchy nach Dahl. Untersucht werden bei diesem Ansatz die Wirksamkeit der Partizipation, ob aufklärerische Willensbildung existiert, wie die Agenda der Politik durch die Wahl beeinflusst wird, inwieweit die Möglichkeit auf eine Abwahl der Regierung besteht, ob die Wahlen in regelmäßigen Abständen, unter gerechten Bedingungen, mit gleichem Recht für alle Wähler stattfinden und Allgemeingültigkeit besitzen.

Der Index der Demokratisierung (D) von Tatu Vanhanen orientiert sich an folgender Formel: $D = (P \times W) / 100$, wobei P für den Partizipationsgrad und W für den Wettbewerbsgrad steht. Die Größe der Partizipation (P) wird zuvor nach der Formel $P = Z / B \times 100$ berechnet. Z stellt die Zahl der aktiven Wähler, B die Bevölkerungszahl dar. Der Wettbewerbsgrad W wird wie folgt errechnet: $W = (100 - S)$. S ist der Stimmenanteil der bei der letzten Wahl auf die stärkste Partei entfiel. Zwar ist dieser Index leicht zu bestimmen, das Ergebnis in Zahlenform eignet sich zum Vergleich und die Resultate scheinen durchaus interessant und einleuchtend, allerdings lässt diese Art zur Berechnung des Demokratiegrades auch viel Raum für Kritik. Zum Beispiel erhalten die USA genauso wie die Schweiz einen Index zugewiesen, der im Vergleich deutlich zu niedrig ausfällt. Im Fall der Schweiz sorgt das Nichteinbeziehen von direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten, in den Vereinigten Staaten die Vermischung der Parteilandschaft zu verzerrten Ergebnissen.

Anhand der drei zentralen Elemente Institutionen und Prozesse, mit denen die Bürger ihre politischen Präferenzen wirksam äußern und zu entscheidungsfähigen Alternativen bündeln können, garantierte Bürger- und Freiheitsrechte für alle Staatsbürger und institutionelle Begrenzungen der Exekutive ermitteln Keith Jagger und Ted Robert Gurr eine Demokratie- und eine Autokratieskala mit Werten jeweils von 0 bis 10. Durch die Subtraktion der Autokratieskala von der Demokratieskala entsteht gegebenenfalls eine dritte Messlatte.

Die Freedom House - Skalen mit einer Spannweite von 1 bis 7 differenzieren anhand einer Reihe von spezifischen Fragen in free, partly free und not free countries.

Zusammenfassend gilt für alle Versuche demokratische Staatsverfassungen zu messen, dass sie deutlich am westlichen Demokratieverständnis orientiert sind und für diese Art der normativen Bewertung gemeinsame kulturelle Vorstellungen nötig sind.

Max Weber unterscheidet drei Formen der legitimen Herrschaft. Einmal die traditionelle, die ihre Existenz schlichtweg daraus ableitet, dass sie aus Gewohnheit von den Beherrschten hingenommen wird. Dann die charismatische, bei der die Regierten einem Führer folgen. Zuletzt die legale, die durch den Glauben an die Gültigkeit gesetzter Ordnung für rechtmäßig erklärt wird.

Ein Referat beschäftigte sich mit der Gegenüberstellung des politischen Systems Großbritanniens und dem der Vereinigten Staaten. Entscheidend für das parlamentarische Regierungssystem der Briten ist die Rechtsstaatlichkeit sowie die Souveränität des Parlamentes, wie es aus der Magna Charta, der Petition of Rights, den Bill of Rights und Habeas Corpus hervorgeht. Für das präsidentielle Regierungssystem in den USA ist die Anerkennung von Interessenskonflikten, die Vermeidung einer Tyrannei der Mehrheit und daraus resultierender Minderheitenschutz, die Festlegung auf eine repräsentative Demokratie, die checks and balances zwischen den drei Gewalten, die in separaten Wahlen bestimmt werden und der föderale Staatsaufbau. Festgeschrieben ist dies in den Federalist Papers.

Allgemein ist nach Winfried Steffani das primäre Merkmal, in dem ein parlamentarisches von einem präsidentiellen Regierungssystem abweicht, das in der Verfassung verankerte Recht des Parlaments die Regierung aus politischen Gründen abzurufen. In Deutschland ist dies durch das Konstruktive Misstrauensvotum gewährleistet.

Neben diesen beiden Ausprägungen gibt es eine dritte Mischform, den Semipräsidentialismus nach Maurice Duverger. Er zeichnet sich durch eine geteilte Exekutive aus. Hier wird der Staatschef durch direkte Wahl bestimmt. Der Regierungschef hingegen geht aus dem Parlament hervor und ist somit von ihm abhängig.

Zuletzt klären wir den Unterschied zwischen Effektivität und Effizienz. Effektivität bedeutet die richtigen Dinge tun. Effizienz meint, die Dinge richtig zu tun.

Quellennachweis:

Schmidt, Manfred G., *Demokratietheorien*, Opladen: Leske & Budrich, 2000.